

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Verlag: Neudorfstr. 24.
Verleger: Hermann Kuntze
Druck: H. Kuntze

Bezugs-Geblühr
Anzeigen-Preise
In Dresden bei täglich erscheinender Zeitung monatlich 2. M., über längere Zeit bei täglich erscheinender Zeitung monatlich 1. M., 6 Pf.

Schreibweise und Schriftgröße
Marsstraße 36/40.
Druck u. Verlag von H. Kuntze & Co. in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unvollständige Meldungen werden nicht veröffentlicht

Offener Konflikt mit Bayern?

Keine Rechtsverbindlichkeit des Reichskriminalgesetzes.

Wolfgang des Schutzes nur durch bayerische Behörden.
Berlin, 24. Juli. Nach einer Meldung der Montags- und München soll das bayerische Staatsministerium am Montag eine Resolution beschließen, eine Verordnung zu erlassen, durch die die bayerische Staatsregierung das materielle Recht des Reichskriminalgesetzes zum Schutze der Republik übernimmt, jedoch den Vollzug des bayerischen Staatsanwaltes und Volksgerichtes überträgt und damit für Bayern die Wirksamkeit der Reichsbehörden und des neuen Staatsgerichtshofes ausschaltet.

Zustimmung der Deutschen Volkspartei in Bayern
München, 24. Juli. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns nahm in seiner heutigen Sitzung eine Entschließung an, wodurch das Ausnahmegesetz zum Schutze der Republik abgelehnt wird.

Zusammenritt des Reichskabinetts.

Drachmehungunter Berliner Schriftleitung.
Berlin, 24. Juli. Das Reichskabinett ist heute vormittag zusammengetreten. Zur Verhandlung steht u. a. die Stellungnahme der Reichsregierung zu der Entwicklung der Dinge in Bayern.

Finanzkontrolle und deutsche Souveränität.

Garantiekommision geht vor Reichstag.
Paris, 24. Juli. Von diplomatischer Seite erfährt „Continental News“, daß sich die Kontrolle des deutschen Finanzministeriums durch die Garantiekommision nicht auf zwei Vertreter dieser Kommission beschränke, sondern daß insgesamt zwölf Beamte diesen Vertretern zur Seite stehen, darunter Sekretäre und Stenographen.

Die unerwartete Konferenzbereitschaft Poincarés.

Paris, 24. Juli. Die Nachricht, daß sich Poincaré am 21. Juli nach England zu reisen bereit erklärt hat, ist eine große Ueberraschung, da noch am Sonnabend nachmittag in hiesigen politischen Kreisen damit gerechnet werden mußte, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten bis in den September hinausgeschoben werden würde.

Der Druck der öffentlichen Meinung.

Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.
Paris, 24. Juli. In Pariser politischen Kreisen ist man sich darüber klar, daß die Bewilligung des von Deutschland erbetenen Moratoriums auf 6 bis 8 Wochen, wie es Poincaré wünscht, keineswegs erreicht werden kann.

partei und des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei beschäftigt, aber es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die Mehrheit der bayerischen Regierung sich mit den Beschlüssen der Bayerischen Volkspartei, der die meisten Minister angehören, einverstanden erklärt.

München, 24. Juli. Nach einer Betrachtung, die die demokratischen „Münd. Neue Nachr.“ in ihrer Montagausgabe anstellen, wird mit der Annahme oder Ablehnung der Regierungsvorschläge durch die Reichsparteien die Entscheidung in Bayern noch keineswegs fallen.

Mahnahmen auf Grund des Schutzgesetzes.

Berlin, 24. Juli. „Der Aufrechter“, dessen Nr. 20 wegen des Artikels „Lore auf!“ beschlagnahmt worden war, ist jetzt auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

Eine Anfrage der deutschen Volkspartei.

Zur Reichstags ist folgende Anfrage von der Deutschen Volkspartei eingebracht worden: Die „Freiheit“ Nr. 205 vom 11. Juli brachte eine Ausnahmeverhandlung über das Amnestiegesetz unter der festschreibenden Überschrift: „General Hundsfott gegen die Eisenbahneramnestie.“

Frankreich unnachgiebig in der Befähigungsfrage.

Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.
Paris, 24. Juli. „Continental News“ meldet, daß zwischen Poincaré und dem Generalstab eine Aussprache stattgefunden hat über die Frage einer Verminderung der Befähigung im Rheinlande.

Das Ergebnis des Studententages.

Münchener, 24. Juli. Der ordentliche deutsche Studententag hat die neue Satzung angenommen. Die Annahme erfolgte durch 58 der 82 deutschen Einzelstudentenschaften.

Australische Mahnahmen gegen die deutsche Konkurrenz.

Melbourne, 23. Juli. Der Premierminister hat auf eine Anfrage im Parlament geantwortet, daß er entschlossen sei, die australischen Geschäftsleute gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen.

Unklarheit der Abrüstungskommission über den Stand der Rüstungen.

Genf, 23. Juli. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht eine Mitteilung des 3. Unterausschusses der zweiten Abrüstungskommission, die sich vom 21. bis 23. Juli in Genf mit der Beratung der bisher eingelaufenen Antworten auf die von der Völkerbundversammlung angeordnete Umfrage über den Stand der Rüstungen der einzelnen Mächte beschäftigte.

Angebliche Neußerungen Rathenaus über den Kriegsausbruch.

Newyork, 24. Juli. Anlässlich des Besuchs, den der Präsident der United Press, William W. Hawkins, im Juni 1921 der deutschen Reichshauptstadt machte, gab ihm Walter Rathenau in seinem Arbeitszimmer in der Wilhelmstraße bemerkenswerte Erklärungen über die Ursachen des Kriegsausbruches.

Frankreich unnachgiebig in der Befähigungsfrage.

Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.
Paris, 24. Juli. „Continental News“ meldet, daß zwischen Poincaré und dem Generalstab eine Aussprache stattgefunden hat über die Frage einer Verminderung der Befähigung im Rheinlande.

Das Ergebnis des Studententages.

Münchener, 24. Juli. Der ordentliche deutsche Studententag hat die neue Satzung angenommen. Die Annahme erfolgte durch 58 der 82 deutschen Einzelstudentenschaften.

Australische Mahnahmen gegen die deutsche Konkurrenz.

Melbourne, 23. Juli. Der Premierminister hat auf eine Anfrage im Parlament geantwortet, daß er entschlossen sei, die australischen Geschäftsleute gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen.